

SPD Sozialdemokratischer pressediens

F/XXVIII/54

19. März 1973

Politische Klarheit und Redlichkeit

Zur Rede von Willy Brandt vor den SPD-Führungsgremien

Von Lothar Schwartz
Stellv. Vorstandssprecher der SPD

Seite 1 / 41 Zeilen

Herbert Wehner und seine Partei

Abschnittsfazit im Leben eines Sozialdemokraten

Seite 2 und 3 / 56 Zeilen

Taktieren blockiert Normalisierung

Zu den Dresdner Gesprächen über innerdeutsche Sportbeziehungen

Von Dr. Adolf Müller-Emmert MdB
Stellv. Vorsitzender des Sportbeirates beim SPD-Vorstand

Seite 4 und 5 / 74 Zeilen

Der Rhein muß sauber werden:

Konkrete Pläne zur Beseitigung des Schifffahrtsmülls

Von Dr. Werner Best MCL
Hessischer Minister für Landwirtschaft und Umwelt und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Länder zur Reinhaltung des Rheins (AG Rhein)

Seite 6 und 7 / 67 Zeilen

Politische Klarheit und Redlichkeit

Zur Rede von Willy Brandt vor den SPD-Führungsgremien

Von Lothar Schwartz

Stellv. Vorstandssprecher der SPD

Die Führungsgremien der SPD haben am Wochenende die Vorbereitungen zum Ordentlichen Parteitag 1973 im wesentlichen abgeschlossen. In sachlicher wie auch in personeller Hinsicht gab es bei den zu treffenden Entscheidungen weitgehende Übereinstimmung. Verlauf und Ergebnisse der Beratungen bestätigen die Voraussage, daß der bevorstehende Parteitag in Hannover die politischen Gegner der deutschen Sozialdemokratie enttäuschen wird.

Das Nachrichten- bzw. Schlagzeilenbild in den Massenmedien könnte allerdings einen anderen Eindruck erwecken. Es bedarf deshalb der Korrektur: Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat die deutsche Sozialdemokratie zum bisher größten Erfolg in ihrer mehr als hundertjährigen Geschichte geführt - nämlich zur Kanzlerpartei, zur stärksten Fraktion im Parlament und zur Rekordzahl von rund einer Million Mitgliedern - und wird sie noch weiter voranbringen.

Der Bundeskanzler hat die Sitzung des höchsten Beschlußgremiums zwischen den Parteitagen benutzt, um Irreführungen und Mißdeutungen, die vom politischen Gegner und ihren publizistischen Begleitern gepflanzt und gepflegt werden, u.a. mit folgenden Feststellungen entgegenzutreten:

1/ Der Bundeskanzler und die von ihm geführte Partei fühlen sich ohne Einschränkung heute und morgen der politischen Plattform verpflichtet, mit der sie im vergangenen Herbst vor die Wähler getreten und von ihnen zur führenden Kraft in unserem Staats- und Gemeinwesen berufen worden sind.

2/ Die SPD sieht in der politischen Zusammenarbeit und gemeinsamen Verantwortung mit den Freien Demokraten ein längerwirkendes Bündnis.

3/ Die Verankerung der Bundesrepublik Deutschland im westlichen Staatensystem ist und bleibt die unabdingbare Voraussetzung für die konstruktive Friedenspolitik der sozialliberalen Koalition.

Mit diesen Äußerungen, die vom Parteirat mit großer Zustimmung aufgenommen wurden, ist der Bundeskanzler mit Nachdruck allen Versuchen begegnet, mit denen politische Gegner durch Verallgemeinerung, Aufblähung und auch Verdrehung von Einzelmeinungen oder einzelnen Diskussionsbeiträgen Wähler der sozialliberalen Koalition irritieren möchten.

Die Worte des SPD-Vorsitzenden waren in erster Linie an die Adresse dieser breiten Wählerschaft gerichtet. Sie zeugen von politischer Klarheit und Redlichkeit. (-/19.3.1973/bgy/ja)

Herbert Wehner und seine Partei

Abschnittsfazit im Leben eines Sozialdemokraten

Nach Hannover wird in der Führungs-Dreiergruppe der SPD ein Mann fehlen, der dort seit 15 Jahren seinen Mann gestanden und aus dieser Position heraus der Partei und damit der Gesellschaft große Verdienste erwiesen hat. Herbert Wehners Entschluß, auf dem April-Parteitag 1973 nicht mehr für den Posten eines der beiden stellvertretenden Vorsitzenden zu kandidieren, ist zu bedauern, aber, der persönlichen Gründe halber, zu respektieren. Willy Brandts Folgesatz, daß es sehr schwer falle, das Faktum nachzuvollziehen, daß Herbert Wehner künftig nicht mehr aus der Position eines Parteivorsitzenden wirken und sprechen werde, entspricht der psychischen Situation, in die sich 970.000 SPD-Mitglieder und viele Tausende darüber hinaus versetzt sehen.

Herbert Wehner wird nach Hannover Mitglied des SPD-Vorstandes und des Parteipräsidiums bleiben, und er wirkt als Fraktionsvorsitzender im Bundestag weiter. Die Partei wird also noch über viele Jahre hinaus nicht seines weisen und eindringlichen, aus bitterer und guter Erfahrung heraus geborenen Rates entbehren müssen; der Partei wird seine aufmunternde, richtungbietende und auch straffe Führung der Fraktion erhalten bleiben; die Bundesregierung wird nicht seine positive und vorantreibende Kritik ihrer Arbeit zu vermissen haben; und die Koalition wird sich weiter auf seine kooperative, zusammenführende und ausgleichende Kraft verlassen können.

So ist Herbert Wehners Ausscheiden aus der "Troika" der Parteiführung also noch lange kein Abschied von ihm. Aber es ist ein erster Anlaß des Dankes, wenn die SPD diesen An-

laß auch nicht gesucht und schon gar nicht gewünscht hat. Seit dieser Sachsen-Hamburger Sozialist aus der ihm selbstverständlichen Kärnerarbeit an der Basis der Partei in Begleitung Dr. Kurt Schumachers, Erich Ollenhauers und Willy Brandts in die Führungsspitze der Partei aufgestiegen und dort unangefochten geblieben ist, hat er ganz wesentlich dazu beigetragen, daß die SPD aus dem Elfenbeinturm der sozusagen "ewigen" Opposition heraus bis in die Machtposition der Regierungspartei geführt werden konnte. Daß der Sozialdemokrat Willy Brandt heute bereits seit vier Jahren Bundeskanzler ist und noch für eine lange Periode Kanzler bleiben wird, das ist mit Herbert Wehners Werk. Wenn es irgendwann einmal möglich sein sollte, seine mit staunenswerter und oft betroffenmachender Akribie niedergeschriebenen Tagebücher zu lesen und vielleicht sogar zu veröffentlichen - mag sein, daß er selbst uns noch daran teilhaben läßt -, dann würden wir aus seiner Sicht Zeugen einer Zeit werden, die noch viel mehr gebracht hat, als den Weg der SPD und ihrer Männer an die Spitze des Staates.

In diesen Weg ist inbegriffen auch der Weg der Gesellschaft und der Weg des Staates zum Ziel einer guten Heimstatt von vielen Millionen Menschen, die sich vom Leben natürlich kein Paradies, aber die faire Chance zur Verwirklichung einer im Frieden geschützten Existenz erhoffen und erwarten, die ihnen offenen Zugang zu Gleichberechtigung, Mitwirkung und Mitbestimmung, zu Bildung und Ausbildung, zu sicherem Arbeitsplatz und zu sozialem und gesundheitlichem Schutz und zur Behauptung der Position einer Persönlichkeit bietet, die das Programm der sozialen Demokratie als das ihre anerkennt und verteidigt. Dieser Weg ist Herbert Wehners Weg.

Dr. Erhardt Eckert
(-/19.3.1973/bgy/fh)

+ + +

Taktieren blockiert Normalisierung

Zu den Dresdner Gesprächen über innerdeutsche Sportbeziehungen

Von Dr. Adolf Müller-Emmert MdB

Stellv. Vorsitzender des Sportbeirats beim SPD-Vorstand

Eine realistische Beurteilung der Dresdner Gesprächsrunde zur Verbesserung der innerdeutschen Sportbeziehungen ist in der Mitte zwischen Erwartungen und Ergebnis zu finden. Hochgeschraubte Hoffnungen mußten schon deshalb enttäuscht werden, weil sich der Deutsche Sportbund und der Deutsche Turn- und Sportbund darüber einig waren, daß nach der Regierungsvereinbarung im Grundvertrag zunächst ein Meinungsaustausch das ganze Spektrum der gegenseitigen Beziehungen behandeln sollte. Dies ist in Dresden mit Gemütlichkeit und Weitblick geschehen.

Es wäre töricht, die Augen vor den bisherigen althergebrachten Schwierigkeiten zu verschließen. Nur eine mutvolle und ungeschminkte Verhandlungsführung wird auch die Gegenseite davon überzeugen können, daß bloßes Taktieren - etwa in der Berlin-Frage - nur dazu geeignet ist, Fortschritte in dem Normalisierungsprozeß zu blockieren. Mit einer solchen Haltung wird die DDR-Sportführung auch im Weltsport kaum glaubwürdiger und operiert zudem an Sinn und Zweck des Grundvertrages und des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vorbei. In Ostberlin wird man vielleicht schon bis zum nächsten Treffen der beiden deutschen Sportbünde am 10. Mai in Frankfurt erkennen müssen, daß ein künstlich hochgezogenes Berlin-Problem nicht dazu geeignet ist, feste Vereinbarungen über die Verbesserung der Sportbeziehungen zu erschweren. DTSS-Präsident, Volkskammer-Abgeordneter und SED-ZK-Mitglied Manfred Ewald gerät sonst in den berechtigten Verdacht, ein Kooperationsangebot an den Deutschen Sportbund nur deshalb gemacht zu haben, weil er wußte, daß seine Vorbehalte an der umfassenden Vertretung des Westberliner Sports durch die Sportorganisationen der Bundesrepublik tatsächliche Absprachen erst

gar nicht zulassen würden.

Die Bereitschaft der DDR-Sportführung, Sportbegegnungen auch bis zur Vereinsebene zwischen den deutschen Sportorganisationen in sog. Jahresterminkalendern festzulegen, ist durchaus als Fortschritt zu bezeichnen, während die sachliche und agitationsfreie Gesprächsrunde in Dresden durch diesen akzeptablen Vorschlag ergänzt wurde, deutet die DDR-Position in der "Berlin-Frage" ganz eindeutig auf Unklarheiten hin. Die DDR-Regierung scheint sich selbst noch nicht völlig klar zu sein, wie die unlogischen Interpretationsversuche von Ewald beweisen. Wenn er einerseits erklärt, die DDR halte sich nach wie vor an die bestehenden internationalen Beschlüsse, andererseits aber eine Statusverschlechterung des Westberliner Sports anzustreben scheint, so rechtfertigen beispielsweise die Madrider Beschlüsse des Internationalen Olympischen Komitees aus dem Jahre 1965, die Praxis der internationalen Sportorganisationen und die Auswirkung des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin die Haltung des Sports der Bundesrepublik.

Bei multilateralen Veranstaltungen will Ostberlin nun das uneingeschränkte Vertretungsrecht der Sportorganisationen der Bundesrepublik für den Westberliner Sport akzeptieren. Im bilateralen Sportverkehr führt DTSB-Präsident Manfred Ewald seltsame Kunstakte vor, die besonders von dem DSB-Delegationsmitglied Horst Korber mit wertvoller Sachkenntnis als völlig ungerechtfertigt abgewiesen wurden. Erstmals hat die DDR-Sportführung offen erklärt, sie werde keine Einwände erheben, wenn bei Sportveranstaltungen zwischen den deutschen Sportverbänden in den Mannschaften der Bundesrepublik Westberliner Sportler mitwirken. Hier wird eine realistische Haltung eingenommen.

Die DDR-Sportpolitiker müssen sich allerdings darüber im klaren sein, daß sie so lange vernünftige Sportbeziehungen gefährden, wie sie Westberlin als Austragungsort von Sportveranstaltungen diskriminieren wollen. Der DDR wird schließlich auch nicht bestritten, daß sie beispielsweise einen Handball-Vergleichskampf von zwei deutschen Sportverbänden in der Ostberliner Dynamo-halle austragen will. Für die Bundesrepublik und ihre Sportpolitik kann es in dieser Frage keine Konzession geben.

Es wäre sinnvoll, wenn man sich in der DDR-Sportführung bis zur nächsten Gesprächsrunde in Frankfurt besinnen würde, daß der Anspruch auf Separatverhandlungen mit den Westberliner Sportorganisationen am Deutschen Sportbund vorbei ein untaugliches Mittel ist, Verhandlungsvorteile erzielen zu wollen. Ungeachtet dessen bleibt festzuhalten, daß der DDR-Seite zuzustimmen ist, wenn sie offiziell erklärt, daß günstige Möglichkeiten sportlicher Entwicklung bestehen. Den logischen Beweis kann die DTSB-Führung bei der nächsten Gesprächsrunde erbringen. (-/19.3.1973/ks/ja)

Der Rhein muß sauber werden !

Konkrete Pläne zur Beseitigung des Schiffahrtsmülls

Von Dr. Werner Best MdL

Hessischer Minister für Landwirtschaft und
Umwelt und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft
der Länder zur Reinhaltung des Rheins (AG Rhein)

Die Abfallbeseitigung der Binnenschifffahrt bedarf dringend einer Lösung. Der Wohlstandsmüll, der Verpackungsrummel und das Einwegsystem belasten die schiffbaren Gewässer in einem unerträglichen Maße. Die im November 1971 durchgeführte "Aktion sauberes Rheinufer" hatte deutlich auf dieses Dilemma hingewiesen. Auf der deutschen Rheinstrecke sind damals innerhalb von zwei Wochen bei Ausnutzung des niedrigen Wasserstandes rd. 1.000 Lkw-Ladungen mit rund 4.300 Kubikmeter Müll abgefahren worden.

Die Verwirklichung des Planungsvorschlages zur Abfallbeseitigung der Binnenschifffahrt soll nun forciert werden. Dem Plan liegen folgende Überlegungen zugrunde:

1/ Die Abfallbeseitigung muß sich auf alle Schiffstypen, Fahrgastschiffe und Frachtschiffe, erstrecken.

2/ Nach dem Abfallbeseitigungsgesetz hat der Besitzer (hier der Betreiber des Schiffes) die Abfälle dem Beseitigungspflichtigen zu überlassen.

3/ Beseitigungspflicht ist die nach dem jeweiligen Landesrecht zuständige Körperschaft des öffentlichen Rechts. Im Falle der Binnenschifffahrt ist das die Stadt, Gemeinde oder der Landkreis bzw. ein von diesen beauftragter Dritter, in deren Bereich der Schiffsmüll an Land abgestellt wird.

4/ Die Höhe der Gebühren richtet sich nach den Sätzen der örtlich beseitigungspflichtigen öffentlich rechtlichen Körperschaft.

5/ Bei der Abfallbeseitigung der Schifffahrt, insbesondere hinsichtlich der Einziehung von Gebühren sind Regelungen zu tref-

fen, die wirtschaftlich sinnvoll sowie für den Besitzer als auch für die Behörde rationell und einfach zu handhaben sind. Im Interesse des Gewässerschutzes sind notfalls Übergangslösungen zu akzeptieren, die nicht unbedingt in vollem Umfange dem Verursachungsprinzip gerecht werden.

6/ Den Schiffahrtstreibenden ist eine praxisnahe Lösung anzubieten, die sie nicht dazu verführt, bei Nacht und Nebel dennoch die Abfälle über Bord zu werfen. Andererseits muß ein Kontrollsystem eingerichtet werden, das erlaubt, die ordnungsgemäße Abfallbeseitigung von jedem einzelnen Schiff zu kontrollieren. Verstöße müssen mit Strafe belegt werden.

7/ Die Abgabestellen an Land sind so anzuordnen, daß der Müll bei den üblichen Belade- bzw. Entladevorgängen abgegeben werden kann und für die Schiffsbesatzung keine zusätzlichen Wege entstehen.

In den bisherigen Verhandlungen wurde man sich darüber einig, daß die vorstehenden Grundsatzkonzeptionen etwa bei folgender Organisation zu verwirklichen sind:

Die Sammlung des Mülls an Bord erfolgt in Säcken (70 l). Die Müllsäcke enthalten die Kennzeichnung "Schiffsmüll" und werden von geeigneten Stellen, die ständig mit der Schiffahrt Kontakt haben (z.B. Proviant-, Bunker- und Bilgenentölerboote), zu einem festen Preis (Materialpreis) vertrieben. Abweichungen hiervon sind für Fahrgastschiffe, die ständig bestimmte eigene Anlegestellen anlaufen, denkbar.

Der Müll kann grundsätzlich an allen Lade-, Lösch-, Umschlag- und Liegestellen an Land gestellt werden. Die Betreiber der Lade-, Lösch-, Umschlag- und Liegeeinrichtungen stellen die erforderlichen Müllabstellplätze bereit. Die Beseitigung des Mülls an Land regeln die Betreiber der vorgenannten Einrichtungen mit den zuständigen örtlichen Behörden. Die Gebühren tragen ebenfalls die Betreiber der Lade-, Lösch-, Umschlag- und Liegeeinrichtungen. Eine Verrechnung mit der Schiffahrt erfolgt gegebenenfalls intern.

Im Januar ist ein Organisationsvorschlag für die Regelung der Abfallbeseitigung der Binnenschiffahrt den zuständigen Länderministerien zugeleitet worden. Nach deren Zustimmung sind weitere Abstimmungen - insbesondere mit dem Bundesminister für Verkehr - erforderlich. Es wird angestrebt, daß die Verhandlungen zügig geführt werden, so daß eine endgültige Regelung noch im Jahr 1973 erfolgen kann. Dann wird es erforderlich sein, gleichartige Maßnahmen international für alle Binnenschiffe einzuführen.

(-/19.3.1973/ks/dx)